

Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 14/99 • 19.10.1999

2313

Liebe Macht Blind



In diesem Heft:

Hochschule Chipkarte für alle?

Thema Ehe: gleich viel Recht für gleich viel Liebe?

Buch *Feierabend!*

Sensationelle Ergebnisse

In Zeiten von Qualitätsmanagement und Drittmiteleinwerbungen ist es für die Universität ein Muß, sich mit neuesten Forschungsergebnissen der Öffentlichkeit zu präsentieren und auf den Abdruck der Pressemitteilungen in der WAZ zu hoffen. Während dies einigen Lehrstühlen regelmäßig gelingt, so zum Beispiel der Biopsychologie, die sich erst kürzlich stolz brüsten durfte, das Balzverhalten gewöhnlicher Tauben jetzt auch im Computer simulieren zu können, harren andere weltbewegende Erkenntnisse im Internet ihrer Beachtung durch die Öffentlichkeit.

Unter den dort gesammelten Pressemitteilungen finden sich Meldungen wie „Erste Auswertungen der RUB-Forschungsgruppe Kommunalwahl '99“. Bereits am 14. September 99 schaffte es besagte Forschungsgruppe, ihre Erkenntnisse zur gerade zwei Tage zuvor stattgefundenen Kommunalwahl zusammenzustellen, darunter bislang völlig unbekannte Feststellungen wie „Die CDU konnte ihre Position in den

Gemeinderäten stark ausbauen“, „In nur zwei Dritteln aller Städte/Gemeinden wurde der neue (Ober-)Bürgermeister im ersten Anlauf gewählt“ und dergleichen mehr. Endlich einmal harte Fakten zu aktuellen Themen.

Lesenswert sind jedoch auch solche Mitteilungen, die sich nicht mit der aktuellen Forschung beschäftigen. So erfahren wir unter der Überschrift „8. Bochumer Qualitätstage: Dienst am Kunden“, daß sich Prof. Dr.-Ing. Herbert Schnauber und die INNOSYS GmbH & Co. KG „den Gedanken des Total Quality Managements (TQM) verschworen haben“ und diese Verschwörung der Totalen Qualität am 28. Und (scheiß Autokorrektur) 29.10. Mit Referaten zu Themen wie „Den internen Kunden faszinieren“ feiern werden.

Die Pressemitteilungen der RUB schaffen letzteres tatsächlich mit Leichtigkeit und sind allen Studis (= interne Kunden?) wärmstens zu empfehlen: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/pressemitteilungen>.

tf

Du solt nit vnkeusch sein



Illustration zu den zehn Geboten. Das 6. Gebot untersagt Ehebruch: Du sollst nicht unkeusch sein. aus dem „Sellentrost“ von Anton Sorg, Augsburg, 1478

Inhalt

- SEITE 2: Aktuelles
 SEITE 3: Hochschule: **Studieren à la carte**
 SEITE 4: Thema: **Ehe: gleich viel Recht für gleich viel Liebe**
 SEITE 6: Film: **Trainstopping**
 SEITE 7: Buch: **Feierabend!**
 SEITE 8: Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaftsräten OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.

REDAKTION: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Henrik Motakef, Bernd Reinink, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder, Maren

VISDP: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
 KONTAKT: c/o FR Sowi, GC 04/150, 2313@gmx.de

Studieren à la carte

Fragen zur Chipkarte

Wem beim Rückmelden im Uni-Sekretariat die langen Schlangen und die spärliche Belohnung fürs Warten in Form einer neuen Studienbescheinigung schon immer zu öde war, der/die konnte diesmal eine kleine Überraschung erleben.

Auf einem orangefarbenen Handzettel eröffnet das „Mitarbeiterteam des Universitätssekretariates“ euphorisch die „endlich“ für alle Studierenden bestehende Möglichkeit, den alten Ausweis gegen eine Chipkarte auszutauschen. Das geht ab Anfang November schnell und unkompliziert am Schalter des Universitätssekretariats und kostet 10 Mark, die mensch sogar ohne Überweisungsumweg über die Unikasse direkt bar am Schalter bezahlen darf. Die andere Seite des Handzettels klärt nochmals über die Unzahl der Chipkarten-Vorteile auf: Surfen und Mails verschicken nicht nur in der UB und in den CIP-Inseln, sondern auch an den Selbstbedienungsterminals, Zugang zu den Terminals während der kompletten Gebäudeöffnungszeiten und natürlich die Aussicht auf allerlei zukünftige Zusatzfunktionalität der Karte, wie beispielsweise der Bezahlung von Kopier- und Bibliotheksfunktionen, Anmeldungen zu Prüfungen und Signatur elektronisch erfaßter Dokumente.

nichts neues ...

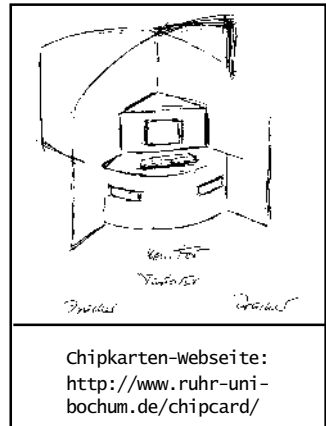
Aus der Aufzählung wird hauptsächlich deutlich, daß mit der Chipkarte momentan nicht wirklich mehr möglich ist als mit dem normalen Ausweis. Bleibt die Frage nach den Zusatzfunktionen, welche in der Verwaltung erstmal mit dem Verweis auf die zugehörige Webseite beantwortet wird. Diese Seite verrät zwar viel über die zu erwartende Kosteneinsparung bei flächendeckender Nutzung der Chipkarte; Auskünfte darüber, ob die Karte den alten Ausweis irgendwann endgültig ablösen soll und technische Details zur vorgesehenen Verschlüsselung bleibt sie jedoch schuldig. Ersteres ist eher

nicht zu erwarten, da eine Ablösung des alten Ausweises einer zwangsweisen Chipkarteneinführung gleichkäme und damit eine elementare Auflage der Datenschutzbeauftragten zur Bewilligung des Karten-Pilotprojektes, die Freiwilligkeit der Teilnahme nämlich, verletzt würde.

... außer ein paar fragen

Letzteres stellt, wie eigentlich alle Unklarheiten zur Chipkarte, ebenfalls unter datenschutzrechtlichen Aspekten eine interessante Frage dar: Zur Realisierung von elektronischen Signatur- und Verschlüsselungsfunktionen müssen auf der Karte zwei elektronische Schlüssel gespeichert werden, die durch eine von dem/der InhaberIn frei wählbaren PIN geschützt werden sollen. Da bei Verlust der Chipkarte einfach eine neue ausgestellt werden kann, ist davon auszugehen, daß diese Schlüssel nicht nur auf der Chipkarte, sondern auch zentral in der Verwaltung oder im Rechenzentrum vorgehalten werden.

Somit steht und fällt der Sinn und Zweck dieser elektronischen Schlüssel, die eindeutige Identifizierung der Absenderin/des Absenders eines signierten Dokuments und die Echtheit des Dokumenteninhalts, einerseits mit der Sicherheit der Schlüssel auf der Karte und andererseits mit dem Zugriffsschutz der zentralen Schlüsseldatenbank. Nähere Informationen hierzu konnten bisher aus der Verwaltung nicht in Erfahrung gebracht werden, und so bleibt für SkeptikerInnen wohl nur die Hoffnung auf mehr Informationen durch zukünftige Handzettel.



Chipkarten-webseite:
<http://www.ruhr-uni-bochum.de/chipcard/>

The question isn't whether the state should but whether the state should marry and

Mag in der Schwulen- und Lesbenbewegung noch vereinzelt die Meinung vertreten werden, daß die Einführung der Homoehe in der BRD nicht den Himmel auf Erden verspricht und die grundsätzlichen Probleme keineswegs löst, scheint der vermeintlich heterosexuelle Teil der Bevölkerung (und spätestens seit dem 9.9.99 kann das selbst der/die optimistischste aufrechte Linke nicht mehr leugnen), die Grillen der

„wilden 60er“ milde belächelnd, ohne Sinn und Verstand draufloszuheiraten und sich dabei frei und emanzipiert zu fühlen.

„Das ist doch jedem seine ganz private Privatsache?“ - Natürlich nicht: Die Ehe ist

eine staatliche Institution und steht mit der Familie „unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ (GG Artikel 6). Der Staat fördert die Norm der Zwangsheterosexualität, indem er nicht nur die Ehen schließt, sondern auch Steuererleichterungen (Ehegattensplitting) und volles Sorgerecht für Kinder verleiht. Im Gegenzug liefert die Ehe: Sicherung des produktiven (deutschen) Nachwuchses, dessen Sozialisation und Erziehung und die damit verbundene Einführung in die Gesellschaft und die Internalisierung ihrer Werte. Die Ehe ist das Instrument des Staates, seine Moralvorstellungen durchzusetzen, indem ökonomische Vorteile ausschließlich heterosexuellen, monogam lebenden und als solche registrierten Paaren zukommen.

Durch die bürgerlichen Normvorstellungen und den fortschreitenden Abbau der Sozialleistungen besteht für Frauen eine größere Notwendigkeit zu heiraten als für Männer. Die „klassische“ Rollenverteilung, auch schon in eheähnlichen Lebensgemeinschaften, führt neben anderen Mechanismen der kapitalistischen,



Im siebten Himmel?

Gleich viel Recht für gleich viel Liebe?

Daß die rot-grüne Bundesregierung auch nach einem Jahr im Amt kaum eine ihrer hohlen Wahlkampfphrasen in die Tat umgesetzt hat, ist mittlerweile auch der QUEER aufgefallen. Auf der Titelseite der Oktoberausgabe der „Monatzeitung für Schwule und Lesben“ ereifert sich Micha Schulze über die „erneute Verschiebung“ eines Gesetzes zur rechtlichen Besserstellung homosexueller Partnerschaften, welches doch von den ehemaligen Oppositionsparteien vor der Bundestagswahl hoch und heiligst versprochen worden sei.

Anstatt etwa Wahlverwandtschaften für alle zu fordern, ist Micha eher darauf aus, den durch die Ehe privilegierten Teil der Bevölkerung um

Schwule und Lesben zu erweitern, und anstatt eine Diskussion zur Asyl- und Flüchtlingspolitik zu eröffnen, verkauft er die Ehe als ultimative Lösung der Probleme homosexueller binationaler Partnerschaften.

Nachdrücklich wird Volker Beck, grüner Bundestagsabgeordneter und Gallionsfigur der Homo-Ehe-Bewegung, aufgefordert, Kanzler Schröder diesbezüglich an den Koalitionsvertrag zu erinnern, sich nicht verarschen zu lassen und dafür zu sorgen, das Homosexuelle nicht 'Bürger zweiter Klasse bleiben'. Daß Schwul- oder Lesbischsein und staatsbürgerliche Identifikation inklusive der Übernahme der vorherrschenden Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen einen unauflösbaren Widerspruch darstellen, mag ihm da wohl

ould marry queers, yone.

patriarchalen Gesellschaft zu einer starken ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann. Trotz der unter jungen Paaren doch weit verbreiteten Auffassung, daß Gleichberechtigung was ganz Schönes ist, putzen, waschen, erziehen, spülen, pflegen auch junge Frauen sehr viel häufiger als ihre Gatten.

Die Einehe ist derzeit ökonomisch und moralisch zwar nicht mehr zwingend erforderlich, dennoch läßt die Gesellschaft weder Raum für eine emanzipierte und reflektierte Lebensweise noch fordert sie zum kritischen Denken auf, so daß die lebenslange Monogamie zwar ggf. von einer seriellen ersetzt werden kann, jedoch ohne die Mechanismen, die zu dieser Beziehungsform führen, ernsthaft zu hinterfragen. Der „neue“ emanzipative Aspekt der romantischen Hochzeit wird lediglich von der Unterhaltungsindustrie vorgespielt, während die privaten Verhältnisse weiterhin von Zwängen geprägt sind. Und ersteres genügt den meisten, um die Behauptung ihrer eigenen Emanzipation widerspruchsfrei zu akzeptieren.

Think again.

entfallen sein. Trotzdem eröffnet Micha Schulz am Ende des Artikels die überhaupt wünschenswerteste Alternative: Wenn die Standesamtstüren Schwulen und Lesben beim CSD 2000 noch immer verschlossen bleiben, möge Volker Beck doch bitte abtreten. Super, das würde nämlich zwei große Probleme auf einmal lösen, und das so entstehende Vakuum könnte gefüllt werden mit einer Diskussion über vernünftige Lebensformenpolitik. Daß die gar nicht so schwierig ist, hat uns kürzlich Frankreich gezeigt, wo die Entprivilegierung der heterosexuellen Ehe durch gesetzliche Aufwertung anderer Formen der Partnerschaft, einschließlich homosexueller, eingeleitet wurde.

Däumchen- lutschen

In der ZEIT vom 30. September zeigt Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin im Gespräch, daß sie bezüglich der versprochenen Institution des „Gesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Sexualität“ nicht „Däumchen lutscht“.

Neben rechtspolitischen Fragen wie dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der Rentensicherung liegt ihr gerade dieses Thema besonders am Herzen, da Homosexuelle bekanntlich nicht heiraten dürfen, aber die Sexualität unzweifelhaft zur Würde des Menschen gehört (kein Sex ohne Ehe?). Die Einführung des zukünftigen familienrechtlichen Instituts soll in mehreren Stufen erfolgen und den heiratswütigen Schwulen und Lesben einen Teil der eheüblichen Rechte und Pflichten zugestehen wie z.B. einen gemeinsamen Familien(?)namen, Auskünfte des Arztes oder die Erbschaftsteuer. Auch Eichel darf sich freuen, denn natürlich gilt auch die gegenseitige Unterhaltspflicht. Obwohl es laut Däubler-Gmelin auch heutzutage schon „vernünftige und menschliche Ausländerbehörden“ gibt, die einen ausländischen gleichgeschlechtlichen Lover nicht nach drei Monaten des Landes verweisen, soll eine binationale Lebenspartnerschaft demnächst gesetzlich geschützt werden, als wichtiges Signal an unsere moderne Gesellschaft - für „Toleranz und Menschlichkeit“! Beweisen muß man gar nichts, um vom Standesbeam-

ten die Lebenspartnerschaftsurkunde überreicht zu bekommen, außer freiem Willen, Volljährigkeit und Monogamie. Frau Däubler-Gmelin freut sich auch, daß sie von Schröder und Fischer wie von der Kirche Rückenstärkung bei Schutz und Förderung „auf Dauer angelegter menschlicher Beziehungen“ erhält. Dann kann ja nichts mehr schief gehen.



cu

te

marthy

Lehrstück persönlicher Erfahrungen

Anderthalb Jahre ist es jetzt her, daß der vorerst letzte Castor-Transport ins münsterländische Ahaus geprügelt wurde. Es war zugleich der erste Transport abgebrannter Brennstäbe nach Ahaus, der erste, bei dem zudem ein grüner Polizeipräsident verantwortlich für die Durchführung eines Atomtransportes war. Gleichwohl war es nicht das erste Mal, daß zehntausende PolizistInnen einer Ladung Atommüll den Weg freiknuppelten. Genau sowenig ist Trainstopping der erste Dokumentarfilm, der zu einem solchen Ereignis entstanden ist – aber unbestreitbar derjenige dieser Filme, der die bisher größte Bekanntheit erlangte.

Vermutlich kommt es ansonsten auch nicht oft vor, daß das gesellschaftskritische „Medienprojekt der Stadt Wuppertal“ durch den Verkauf eines Videos Gewinne erzielt. Genug



Trainstopping

60 min, 20 DM

Medienprojekt der Stadt Wuppertal:

Tel.: 02 02 / 5 63 26 47

Fax: 02 02 / 5 63 81 37

sogar, um die städtische CDU-Ratsfraktion aufzuschrecken, die es prompt einen Skandal nannte, daß der Reinerlös an einen Rechtshilfefonds für die Verteidigung der in Ahaus festgenommenen DemonstrantInnen fließt.

Gedreht wurde das Video von einer Gruppe 16- bis 18-jähriger Wuppertaler

SchülerInnen mit Unterstützung von drei Medienpädagogen. Wer sich davon Interviews à la Küppersbusch, spektakuläre, nie dagewesene Aufnahmen von Polizeigewalt gegen die Widerstandsaktionen oder außergewöhnlich fundierte Kommentare und kritische Analysen erhofft, liegt erwartungsgemäß weit daneben. Trotzdem ist es vermutlich gerade das, was diesen Film besonders sehenswert macht. Die CDU wirft dem Medienprojekt vor, es habe die Aufgabe, „subjektive Einzelempfindungen zu objektivieren. Dies gelte um so mehr, wenn einige Projektteilnehmer zuvor noch nie auf einer solchen Demonstration gewesen seien.“ Welches auch immer mensch für die objektive Wahrheit halten mag, es läßt sich tatsächlich nicht erkennen, daß die „Einzelempfindungen“ zu irgendeiner Zeit „objektiviert“ worden wären. Zum Glück.

So läßt sich eine Gruppe Jugendlicher beobachten, die sich zunächst völlig ohne differenzierte Erwartungen auf den Weg macht, ein Dokumentarvideo zu drehen, und dabei selbst den ersten Kontakt mit der Staatsgewalt von ihrer besten Seite hat. Wer selbst dabei war, wird mitunter wahrscheinlich weitaus erschreckendere Szenen zu Gesicht bekommen haben, wer sich mit dem Thema beschäftigt hat, wird bessere Gründe gegen die Atomkraft anführen können, als die interviewten ansässigen Bauern. Unbedingt lohnend ist es jedoch für „reisende Chaoten“ genauso, wie es das für die Wuppertaler CDU sein sollte, zu sehen, wie Jugendliche, die wohl mit einer diffusen Anti-AKW-Einstellung nach Ahaus kommen, sich aber anfangs sichtlich bemühen, eine sehr sachliche Reportage zu erstellen, zunehmend fassungsloser und entsetzter werden, von dem, was sie sehen und hören.

Auf Leinwand zu sehen ist dieses Lehrstück praktischer Radikalisierung am Mittwoch, 20. Oktober 1999 um 20h im Bahnhof Langendreer, oder für den Heimgebrauch zum Preis von 20 Mark käuflich zu erwerben beim „Medienprojekt“ (siehe Kasten).

Feierabend!

Gegen die Diktatur der Arbeit

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, lautet ein Sprichwort, das den sozialistischen Bebel mit der christlichen Bibel eint. Und um die Arbeit auch in Zeiten ihrer Krise zu heiligen, ist den Parteien aller Länder jedes Mittel recht: Arbeitszwang für Arbeitsscheue, Jobwunder her, wo es nichts zu tun gibt. Bei New Labour etwa ist der Name schon Programm. Noch die unsinnigsten Beschäftigungsmaßnahmen werden ersponnen, damit nicht später einer ißt, der nicht für sein Brot malocht hat. Wird auch menschliches Zutun nach dem Stand der Möglichkeiten zunehmend überflüssig, erscheint die Arbeit allen Beteiligten umso dringlicher. Einmal auf den Markt geworfen, fordern sie nicht einfach Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, sondern zunächst und vor allem Arbeit.

Unterschlagen wird dabei gern das Kleingedruckte, daß Arbeit im unterstellten Sinn keine kategorische Naturnotwendigkeit - also nicht identisch mit Tätigkeit schlechthin -, sondern ein abstraktes, zugleich selbstzweckhaftes Zwangsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft darstellt, das nur beiläufig dazu angetan ist, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, zualterer aber Wert zu produzieren. Wer dazu nicht taugt, weil er oder sie nicht rechtzeitig Fuß faßt in den Tretmühlen der Arbeitsgesellschaft, geht zu Sonderpreisen in die bunte Welt der Dienstleistungen oder fällt in die Erwerbslosenstatistik, und das heißt: unten durch.

arbeit als existenzurlaubnis

Denn Nichtarbeit bedeutet den Betroffenen nicht Vergnügen, sondern wird zum Stigma der eigenen Überflüssigkeit, wenn nicht, wie in den verstoßenen Regionen der Globalökonomie bereits gang und gäbe, zur Überlebensfrage.

„Feierabend!“ lautet darum die Losung der Stunde. Unter diesem Titel stellen zehn AutorInnen aus dem Umfeld der Zeitschrift „Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft“ Ansätze radikaler Kapitalismuskritik vor, die nicht „Arbeitsplätze“, sondern im Gegenteil erst einmal Platz für unvoreingenommenes Denken schaffen wollen; eines, das anknüpft an die Marxsche Kritik der ökonomischen Kategorien und dabei, im Unterschied zu gängigen ‘wirtschaftspolitischen’ Lesarten des Marxismus, vor den eigenen Konsequenzen nicht realpolitisch zurückschreckt. Die Kritik der Arbeit mit dem praktischen Ziel ihrer Aufhebung liegt nicht nur quer zum herrschenden Arbeitsdiskurs, sie ist zugleich notwendige Herausforderung linker Politikgewohnheiten, die selbst innerhalb der fetischistischen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung verbleiben.

Christoph Hesse



Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit

Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999, 32 DM

Parallel dazu ist - in handlich-agitatorischer Form - das „Manifest gegen die Arbeit“ erschienen.

Hinweis: Im Rahmen der roten ruhr uni 99 spricht Norbert Trenkle am 28.10. um 20 h im Kulturcafé der RUB zum Thema.

Zeitschriften, die die Welt nicht braucht - Teil 2

Samantha & Samuel

Als ob man auch nur die Chance hätte, es zu übersehen, kündigt die neu in den Supermarktregalen zu findende Sam neben „Internet, Lifestyle, Shoppen, Job-Tips, Geld & Recht, Kontakte, Tests, Termine“ auch „Erotik“ auf der Titelseite als Inhalt an.

Ähnlich wie *Playboy* und Softpornos interessiert die LeserInnenschaft zwar im Grunde nur die nahezu pornographische Darstellung insbesondere von Frauenkörpern.

So wie im Nachtprogramm in der Regel nicht Fickszene an Fickszene gereiht werden kann (und die so gesparte Sendezeit auf Simpsonsfolgen verwendet werden könnte), weil der/die KonsumentIn sich jederzeit einreden können muß, einen spannenden Thriller, technisch überzeugenden Science-Fiction oder realitätsnahen Historienfilm zu sehen, bei dem Erotik eine nebensächliche Rolle spielt, berichtet auch *Sam* - zur Gewissensberuhigung - mehr oder minder geschickt: von interessanten Geschichten („Der Morgen danach“), seriöse Reportagen („Hurenzone Herbertstraße“), neuesten wissenschaftlichen(!) Erkenntnissen („Im Rausch der Hormone“, „Gut drauf durch Kuscheeln“), und tollsten Tips für spannendes Liebesleben („French Kiss - Liebespiel à la France“, „Spiel mit mir: Das bekannte 'Steckspiel' macht zwar Spaß ...“ und Fitneß („Muckis für Zwei“).

Soweit die nicht wirklich neue, etwas durchsichtige Masche; verwirrend ist allerdings der Bericht über Ökobauern („In Sachen Job“).



Dahinter steckt immer ein kluger Kopf

Mittwoch, 20. Oktober

20h, Kino Endstation, Bochum

Trainstopping

Eine Gruppe von SchülerInnen aus Wuppertal dokumentierte im März 1998 die Widerstände gegen den Castortransport im Münsterland. Der vierte große Transport in ein deutsches Zwischenlager führte diesmal nicht nach Gorleben, sondern nach Ahaus, da Politik und Polizei auf ein ruhiges Hinterland setzten. Aber - Aufruhr, Widerstand, es gab kein ruhiges Hinterland - diese Annahme stellte sich als falsch heraus. Denn obwohl der Transport kurzfristig vorverlegt wurde, um GegendemonstrantInnen abzuwehren, konnte der Castor wieder mal nur gegen den entschiedenen und entschlossenen Widerstand Zehntausender durchgeprügelt werden (siehe Seite 6).

Videodokumentation: Über den Widerstand gegen den Castortransport nach Ahaus, März 1998

Veranstaltet von: Klack Zwo B

Donnerstag, 21. Oktober

19h, Kulturcafé, RUB

Vortrag: Hochschulpolitik in NRW

Referentin: Ingrid Fitzek

Ingrid Fitzek, Mitglied der grünen Landtagsfraktion, ist vor wenigen Wochen als Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des Landes NRW zurückgetreten, da sie das Einknicken ihrer Partei in der aktuellen Diskussion um den sogenannten Qualitätspakt nicht mehr mittragen wollte. Sie wird aus ihrer Sicht den Stand der Landeshochschulpolitik darstellen.

Veranstalterin: Alternative Liste (RUB)

Freitag, 22. Oktober

19h30, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Die neue (alte) Weltordnung der NATO für das 21. Jahrhundert

Referent: Prof. Reinhard Kühl aus Marburg

Diskutiert wird, ob, und wenn ja, wie die herrschende Militärstrategie des Westens und die herrschende Weltwirtschaftsordnung des 21. Jahrhunderts (Globalisierung) zusammenhängen.

Veranstalter: Bahnhof Langendreer, GEW, VVN/BdA, Bochumer Friedensplenum

Samstag, 23. Oktober

20h, Zeche Carl, Essen

Wiglaf Droste & das Spardosenterzett: Bombardiert Belgien

Daß Wiglaf Droste ein Arschloch ist, weiß tendenziell jedeR, der/die jemals ein Buch von ihm gelesen hat oder eine jener Lesungen von ihm erleben durfte, bei der er vom Reinkommen bis zum Rausgehen das Publikum keines Blickes würdigt, geschweige denn auf Bekundungen jedwelcher Art seitens der ZuschauerInnenschaft reagiert hätte. Daß er außerdem ein sexistisches Arschloch ist, gibt sogar die Zeche Carl in ihrer Programmankündigung zu. Zugeben müssen allerdings auch wir, daß Belgien selbststrebend bombardierungswürdig und damit Wiglaf Droste auch dann besuchenswert ist, wenn er singt statt liest, wie heute in Essen.